

Nukleare Teilhabe und Atomwaffen in Deutschland

Der Atomwaffenstützpunkt „[Fliegerhorst Büchel](#)“ in der Eifel - unweit von Cochem an der Mosel - ist nach derzeitigem Kenntnisstand der einzige Bundeswehr-Standort, an dem nachweislich U.S. Atomsprengkörper stationiert sind. Dort sind zirka 11 bis 20 U.S. Atombomben gelagert, deren maximale Sprengkraft insgesamt derjenigen von 150 Hiroshima- Bomben entsprechen dürfte. Mit den 36 Tornado-Kampfflugzeugen stellt das [Jagdbombengeschwader 33](#) seit 1984 das Trägersystem für die [Atomsprengköpfe des Typs B 61](#) bereit. Diese deutschen Soldaten trainieren den Abwurf und sind im Ernstfall dazu verpflichtet, auf Befehl der NATO die Atombomben von deutschem Boden aus ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen. Möglich ist dieses nur durch die freiwillige Einwilligung unserer Regierung in die [nukleare Teilhabe](#) der NATO.

Otfried Nassauer von [BITS schreibt](#) 2008, nur der US-Präsident verfüge über die entsprechenden Einsatz-Codes, sodass letztlich er allein den Befehl zum Einsatz dieser Atomwaffen erteile. Die USA behalte sich zudem auf nationaler Ebene das Recht vor, ihre in Europa gelagerten Atomwaffen auch zur Unterstützung des für den Nahen und Mittleren Osten zuständigen, regionalen Oberkommandos [CENTCOM](#) einzuplanen. ...Seit dem Ende des Kalten Krieges erfüllen die US-Nuklearwaffen in Europa vor allem eine politisch-psychologische Funktion. Sie seien ein Zeichen dafür, dass die NATO-Staaten diesseits und jenseits des Atlantiks sich unter keinen Umständen auseinander dividieren lassen wollen und die Risiken ebenso wie die Verantwortung für die Nuklearpolitik der Allianz gemeinsam tragen wollen. Ihre militärische Funktion hätten die Waffen dagegen weitestgehend verloren. Die Ziele, gegen die sie ursprünglich eingesetzt werden sollten, seien heute keine mehr. Für neue Ziele, die seit Ende des Kalten Krieges Aufnahme in die nun „adaptive“ Zielplanung fanden, seien diese Waffen oft militärisch schlechter geeignet als moderne konventionelle Waffen. Im Rahmen der nuklearen Abschreckung würden sie keine Aufgaben erfüllen, die nicht auch von den U-Boot-gestützten Atomwaffen der [USA](#) und [Großbritanniens](#), die der NATO im Ernstfall zur Verfügung stehen, erfüllt werden könnten. Politische Bestrebungen Washingtons, den substrategischen bzw. taktischen Atomwaffen in Europa neue Rollen bei der Abschreckung und Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zuzuweisen, seien bei den meisten europäischen NATO-Staaten bislang nicht auf Gegenliebe gestoßen. Deshalb plane die USA ihre in Europa gelagerten Atomwaffen in diesem Kontext auf nationaler Ebene auch für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes, z.B. im Mittleren Osten, mit ein. ...Die "nukleare Teilhabe" der nicht-nuklearen NATO-Staaten sei politisch umstritten. Sie würde es im Kriegsfall ermöglichen, dass Piloten aus einem nicht-nuklearen Staat, der Mitglied des Nichtverbreitungs- bzw. [Atomwaffensperrvertrages](#) (NVV/NPT) ist, Atomwaffen einsetzen. Dies werde von der Mehrheit der NVV-Vertragsstaaten, den Nichtpaktgebundenen, als Vertragsverletzung betrachtet. Demgegenüber vertrete die USA den Standpunkt, dass ihr Verhalten den Vertrag nicht bräche, da die Übereinkunft schon vor Inkrafttreten des Non-Proliferation Treaty getroffen wurde. In der bundesdeutschen Politik sprächen sich die Oppositionsparteien (FDP, Grüne und Linkspartei), für einen Abzug der in Deutschland gelagerten US-Nuklearwaffen aus. Die SPD wolle die nukleare Teilhabe auslaufen lassen, wenn in der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts auch in Büchel vom Tornado auf den nicht-nuklearen Eurofighter umgerüstet werde. Die CDU/CSU spräche sich als einzige Partei für eine Beibehaltung der Nuklearen Teilhabe und der Nuklearwaffenstationierung in Deutschland aus. Sie glaube, dass dies Deutschlands Mitspracherechte in der NATO absichere. Das CDU-geführte Verteidigungsministerium möchte deshalb nach Beginn der Umrüstung in Büchel im bayerischen [Lechfeld](#) (Landsberg) neben den dort stationierten Tornado-ECR auch einige nuklearfähige Tornados im Dienst halten, die sich im Bedarfsfall ihre Waffen in Büchel abholen sollten. So könne die nukleare Teilhabe bis mindestens 2020 aufrechterhalten werden. Quelle: Otfried Nassauer (siehe dazu aktuelle [IPPNW-Studie!!!](#))

Abzug der Atomwaffen auf der Tagesordnung

In der Bundesrepublik verfolgten 48 Gruppen und Organisationen das Kampagnenziel „[Deutschland atomwaffenfrei bis 2010!](#)“ - von „Lobbyarbeit bis Zivilem Ungehorsam“ und werden 2011 eine Folgekampagne beginnen. Der öffentliche Druck der bisherigen Kampagne bewirkte,

dass sich Bundesaußenminister Westerwelle 2009 im [Koalitionsvertrag](#) für den Abzug der U.S. Atomwaffen einsetzte. Hierauf griffen Anfang 2010 zum ersten Mal [Außenminister](#) aus fünf europäischen Ländern die „Forderung“ nach Abzug aller in Europa stationierten U.S. Atomwaffen auf. Seit April 2010 sprechen sich alle Parteien des [Bundestages](#) für den Abzug aus. Allerdings fordern sie ihn nicht von den Alliierten, sondern hoffen auf ein beiderseitiges Einvernehmen durch Gespräche im Konsens. Die einmonatige internationale [Atomwaffenabrüstungskonferenz](#) (NPT) der UN im Mai 2010 brachte zwar im Abschlussdokument nicht das gewünschte Ergebnis, aber auch hier wurde endlich über diese illegale Stationierung diskutiert, und die vielen Nichtatomwaffenstaaten sorgten dafür, dass die Forderung nach Abzug zumindest Eingang in den Entwurf für das Abschlussdokument fand. Erst das öffentliche Eingeständnis der Regierung über die Existenz der Atomwaffen machte 2010 ein Verfahren der vom Bückeburger Fliegerhorst betroffenen Anwohnerin [Elke Koller](#) beim Verwaltungsgericht möglich. Sie hat - mit Unterstützung durch die internationale JuristInnenvereinigung gegen Atomwaffen (IALANA) - Klage eingereicht. In diesem Verfahren soll die Regierung verpflichtet werden, den Abzug der Atomwaffen von den USA zu fordern und den Ausstieg Deutschlands aus der illegalen nuklearen Teilhabe einzuleiten. Hierüber wird voraussichtlich zum Jahresende 2010 entschieden. Falsch-informiert durch Politiker und Medien sehen große Teile der umliegenden Bevölkerung im Fliegerhorst einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor für die Region und versuchen deshalb jede Diskussion um die Atomwaffen zu vermeiden wird. Demgegenüber informieren Bürgermeister anderer Regionen über erfolgreiche Konversion von Militärstandorten.

Es zeigt sich auch, dass die bundesdeutsche Regierung jetzt versucht, den überfälligen Abzug ungerechtfertigterweise als Abrüstungs-Verhandlungsmasse gegen Russland einzusetzen und weiter in der Öffentlichkeit eine Akzeptanz für die Einführung einer mobilen Raketenabwehr sucht. Dabei bricht Russland im Gegensatz zu den USA hier nicht den NPT- Vertrag - es stationiert seine Atomwaffen nur im eigenen Kerngebiet. Weiter wurde nach der Wiedervereinigung das ehemalige Gebiet der DDR von Atomwaffen befreit, da die gesamte russische Atomwaffeninfrastruktur bis 1992 endgültig abgezogen wurde. In den östlichen Bundesländern dürfen entsprechend dem 2+4-Vertrag der deutschen Einheit keine Kernwaffen stationiert werden, womit diese bereits de facto eine völkerrechtlich garantierte atomwaffenfreie Zone darstellen. Das Pentagon schlägt in die gleiche Kerbe, indem es bei den Überlegungen für eine neue Nuklearstrategie andeutet, dass es auf die Atomwaffen in Europa möglicherweise verzichten könnte. In einem Papier heißt es: *„Aber die Rolle der US-Atomwaffen in diesen regionalen Abschreckungsstrukturen kann reduziert werden durch eine Stärkung der Rolle der Raketenabwehr und anderer Fähigkeiten.“*

Widerstand kann durchaus erfolgreich sein. So trat Kanada bereits 1989 aus der technischen nuklearen Teilhabe aus und [Griechenland](#) ist seit Anfang 2001 atomwaffenfrei.

Aktuell wird versucht Teile der Anti-Atomwaffen-Bewegung zu kriminalisieren: Die Koordinatorin und der Webadministrator der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen sind der staatlichen Verfolgung ausgesetzt, indem der Straftatbestand „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“ für Aktionen Zivilen Ungehorsams konstruiert wird. Auch dieses Verfahren ist ein Beispiel dafür, wie ein seit langem bestehender Unrechtszustand seitens des Staates durch die Gerichte aufrecht erhalten und versucht wird, den angemessenen Widerstand dagegen finanziell auszulaugen, zu beschäftigen und zu kriminalisieren.

[Sian Jones](#), Aktivistin der Aldermaston Women's Peace Camp(aign) schreibt: In den 1980er Jahren gelang es einer breiten Anti-Atom-Bewegung in den NATO-Mitgliedsstaaten, sowohl die amerikanischen Pershing-Raketen als auch die Cruise Missiles loszuwerden. Das Jahr 2009 bietet die Chance, die Überreste des Kalten Krieges loszuwerden und die amerikanischen Atomwaffen aus Europa hinauszuschaffen – als ersten Schritt im Abbau des NATO-Atomwaffenarsenals. Der nächste Schritt wird es sein, die Entwicklung einer neuen Generation von Trident-Nuklearwaffen in Großbritannien und den Einsatz des neuen französischen Waffensystems (und – falls Sarkozys Ankündigungen Glauben geschenkt werden muss – ihre Vereinigung zu einem europäischen Atomwaffenarsenal) zu stoppen. Text: Marion Küpker

Quellen und Informationen:

Aktuelle Studie (Okt. 2010) von Otfried Nassauer für IPPNW zur Diskussion um die Beendigung der nuklearen Teilhabe in der BRD

www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/akzente_web.pdf

Nukleare Teilhabe der BRD und der Widerstand dagegen von Hans-Peter Richter

www.friedenskooperative.de/ff/ff09/1-71.htm

Aktuelle Medienartikel: Nato bekennt sich zu Abbau von Atomwaffen (13.10.2010)

www.atomwaffenfrei.de/die-kampagne/aktuelles.html

US-Atomwaffen in Deutschland – bis zur Gegenwart von Otfried Nassauer des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit - BITS:

www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm

Die atomare Verknüpfung Deutschlands mit der NATO nach der Wiedervereinigung (Teil 4) von Rick Rozoff

www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=15478

Deutschland propagiert atomare Abrüstung und setzt "Nukleare Teilhabe" in der NATO fort von Olaf Standke www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/initiative.html

Bundestag stimmte für Atomwaffenabzug (26.10.2010)

<http://atomwaffen.blogspot.com/2010/03/bundestag-stimmte-fur-atomwaffenabzug.html>

Barack Obama und die Zukunft der Atomwaffen von Otfried Nassauer

www.friedenskooperative.de/ff/ff10/3-51.htm

22. April 2010 "Abschied von den Relikten des Kalten Krieges?" von Wolfgang Kötter

www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/adieu.html

Die grundgesetz- und völkerrechtswidrige nukleare Teilhabe der BRD von Wolfgang Sternstein

www.friedenskooperative.de/ff/ff05/1-65.htm

U.S. Atomwaffen in Europa

www.wri-irg.org/node/6824

Ergebnisse der einmonatigen Atomwaffensperrvertrags-Konferenz (NPT) von Marion Küpker

<http://www.dfg-vk.de/dateien/ZC-0310-RGB-WEB.pdf>

Erstschlag und Raketenabwehr: Die nukleare Dimension des Neuen Kalten Krieges und die Rolle der NATO von Thomas Mitsch (IMI) <http://knol.google.com/k/raketenabwehr#>

Fünf Nato-Länder fordern US-Atomwaffen-Abzug aus EU aus DiePresse.com

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/540982/index.do>

Atomwaffenfreiheit für Griechenland

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Griechenland/atomwaffenfrei.html

US - Atomwaffen in Deutschland und Europa von Otfried Nassauer

www.bits.de/public/stichwort/atomwaffen-d-eu.htm

Atomwaffen a-z B61 Bombe

www.atomwaffena-z.info/atomwaffen-glossar/b/b-texte/artikel/1082/0b4047deb2/index.html

NATO-Ministertreffen: Guttenberg unterstützt europäische Raketenabwehr (14. Okt. 2010):

www.faz.net/s/Rub0D783DBE76F14A5FA4D02D23792623D9/Doc~E019D601D5A2A40C89D02781474CF918A~ATpl~Ecommon~Scontent.html

atomwaffenfrei S. 3 EADS und nukleare Trägersysteme von Marion Küpker

www.gaaa.org/bye-bye-nuclear-bombs/atomwaffenfrei-201-01.pdf

Völkerrechtsbruch: Friedensaktivistin verklagt „Verteidigungsminister“: Koller gegen Guttenberg von Christian Heinrici (21. Okt. 2010) www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=15118

Abkehr oder Verlagerung: Obamas Beendigung der geplanten "Raketenabwehr" von Marion Küpker

www.friedenskooperative.de/ff/ff09/6-51.htm